



Stiftung | 02.06.2016 - 12:45

Verwaltung 2.0 braucht Engagement



Wilfried Bernhardt, Vize-Vorstandsvorsitzender des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ), sprach im Interview mit "freiheit.org" über die Chancen der digitalen Verwaltung. Er erläuterte, dass der langsame Fortschritt in dieser Richtung auf die föderalen Verwaltungsstrukturen zurückzuführen sei. "Die Bundesregierung hätte ihre eigene Digitalisierungsstrategie stärker auf diesen Umstand ausrichten und die Zusammenarbeit mit den Ländern suchen müssen", verdeutlichte Bernhardt.

Der Digitalisierungsexperte gab darüber hinaus zu bedenken, dass auf Seiten der Bürger, "ohne die Aussicht, Instrumente wie DE-Mail oder die eID-Funktion des Personalausweises flächendeckend in der Kommunikation mit den Verwaltungsbehörden in Deutschland einsetzen zu können", kein Bedarf an eigener Infrastruktur hierfür bestehe. Der NSA-Skandal und die wiedereingeführte Vorratsdatenspeicherung hätten zusätzlich das Vertrauen der Bürger in ihre Verwaltung erschüttert.

Bund und Länder müssten beweisen, dass sie auch über das Flüchtlingsthema hinaus bereit sind, gemeinsam die Digitalisierung der Verwaltung anzugehen, forderte Bernhardt. "Insbesondere müssen die Verwaltungsmitarbeiter auch auf die neuen Aufgaben vorbereitet sein. Wenn Beschäftigte der Bürgerämter eher davon abrieten, die eID-Funktion der neuen Personalausweise freischalten zu lassen, weil sie selbst nicht von Fortentwicklungen bei der Digitalisierung überzeugt sind, "wie will man dann die Bürger für den Einsatz der neuen Instrumente gewinnen?", fragte der Digitalisierungsexperte.

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/verwaltung-20-braucht-engagement>